A6 Antrag 6 Nur Ja heißt Ja - Gesetzeslage Sexualisierte Gewalt

Antragsteller*innen:

- Die Diözesanversammlung möge beschließen:
- Der BDKJ Trier setzt sich dafür ein, dass der Gesetzgeber das Sexualstrafrecht
- 3 reformiert.
- Ziel ist es, die bestehende "Nein heißt Nein"-Regelung im § 117 StGB durch eine
- weitergehende gesetzliche Neuregelung zu ersetzen. Diese soll nicht nur sexuelle
- Handlungen unter Strafe stellen, die gegen den erkennbaren Willen einer Person
- orfolgen, sondern auch solche, denen keine eindeutige, freiwillige Zustimmung
- zugrunde liegt im Sinne einer "Nur Ja heißt Ja"-Regelung. Hierfür setzt sich
- der Vorstand des BDKJ Trier ein, dass diese Position auf allen Ebenen des BDKJ
- eingenommen wird und dementsprechend auch an die Politik in Form einer
- Stellungnahme herangetragen wird.
- In der aktuellen Fassung des § 117 StGB wird "jede sexuelle Handlung gegen den
- erkennbaren Willen" unter Strafe gestellt die sogenannte "Nein heißt Nein -
- 14 Regelung".
- Diese Formulierung greift jedoch zu kurz und benachteiligt Menschen, die ihren
- Willen nicht eindeutig äußern können, etwa Kinder, ältere Menschen oder Personen
- mit körperlichen oder kognitiven Einschränkungen.
- Auch traumatisierte Opfer können in solchen Situationen in einen Zustand des
- "Einfrierens" geraten, in dem sie weder verbal noch nonverbal Widerstand leisten
- können. Das Schweigen oder Erstarren darf nicht als Zustimmung gewertet werden.
- Eine Gesetzgebung, die solche Umstände ignoriert, reproduziert strukturelle
- Diskriminierung und das ist nicht hinnehmbar.
- Auch die Ansätze im neuen Koalitionsvertrag weisen aus unserer Sicht erhebliche
- Lücken auf. Zwar betonen die Parteien die Notwendigkeit, sexualisierte Gewalt
- 25 stärker zu bewerten ein grundsätzlich begrüßenswerter Schritt. Doch die
- konkrete Formulierung im Vertrag wirkt erneut diskriminierend.
- 27 So heißt es: "Für Gruppenvergewaltigungen wollen wir den Strafrahmen
- grundsätzlich erhöhen, insbesondere bei gemeinschaftlicher Tatbegehung, bei

- Vergewaltigung und bei Herbeiführung einer Schwangerschaft."
- Damit wird der Fokus auf Fälle gelegt, in denen eine Schwangerschaft
- herbeigeführt wird oder die Tat gemeinschaftlich begangen wurde. Opfer, die
- nicht schwanger werden können etwa Kinder, ältere Menschen, unfruchtbare
- Personen oder Männer geraten dadurch erneut aus dem Blickfeld und erfahren
- eine implizite Abwertung ihres Leids.
- Ein solcher Ausschluss bestimmter Opfergruppen ist nicht nur rechtlich
- problematisch, sondern auch gesellschaftlich inakzeptabel. Jede Form
- sexualisierter Gewalt verdient uneingeschränkte Anerkennung und konsequente
- strafrechtliche Verfolgung unabhängig von biologischen Folgen oder
- 39 Täterkonstellationen.
- Daher fordern wir die Regierung dazu auf, bestehenden Regelungen kritisch zu
- prüfen und § 117 StGB umfassend zu überarbeiten. Ziel muss eine Gesetzgebung
- sein, die jede Form sexualisierter Gewalt konsequent und gerecht bewertet ohne
- 43 Ausnahmen, ohne Ungleichbehandlung.